

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Reudener Straße 70
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ortschaftsrat Bitterfeld führte seine 21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 28.10.2009, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Bitterfeld, Markt 7, Historisches Rathaus, Ratssaal, von 18:00 Uhr bis 20:58 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Horst Tischer

Mitglied

Fabian Behr
Jutta Engler
Klaus-Ari Gatter
Johanna Gotzmann
Dr. Joachim Gülland
Dagmar Kurschus
Julia Lerche
Brigitte Leuschner
Utz Lohrengel
Dietmar Mengel
Siegfried Merkel
Günter Sturm
Wolfgang Wießner
Peter Ziehm
Heinz-Dieter Zimmer
Dagmar Zoschke

abwesend:

Mitglied

Hans-Christian Quilitzsch
Stefan Rienäcker

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 28.10.2009, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Ortschaftsrates vom 23. September 2009	
4	Bericht des Ortsbürgermeisters zur Ausführung gefasster Beschlüsse und aktuelle Mitteilungen aus Dienstberatungen mit der Oberbürgermeisterin	
5	Anregungen und Anfragen durch die Mitglieder des Ortschaftsrates	
6	Richtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel	Beschlussantrag 253-2009
7	Vorstellung des detaillierten Winterdienstplanes für den Ortsteil Bitterfeld BE: Herr Przybylski, SBL Tiefbau Herr Patzak, Betriebsleiter Eigenbetrieb "Stadthof"	
8	Entscheidung über Anträge zur Förderung des örtlichen Brauchtums	
9	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
	<p>Der Ortsbürgermeister begrüßt die Mitglieder des Ortschaftsrates. Da keine Einwohner anwesend sind, kann man heute auf die Möglichkeit verzichten, Probleme durch Einwohner an die Mitglieder des Ortschaftsrates heranzutragen. Er ist immer noch der Auffassung, man sollte mit dem nächsten Oberbürgermeister nochmals den Versuch unternehmen, dies wieder in den öffentlichen Teil der Tagesordnung aufzunehmen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. stimmberechtigt: 15</p>	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
	<p>Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Beschluss: Die Tagesordnung wird bestätigt.</p>	<p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p> <p style="text-align: right;">Ja 15 Nein 0 Enth 0</p>
zu 3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Ortschaftsrates vom 23. September 2009	
	<p>Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht. Beschluss: Die Niederschrift der letzten Sitzung vom 23. September 2009 wird bestätigt.</p>	<p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p> <p style="text-align: right;">Ja 9 Nein 0 Enth 6</p>
zu 4	Bericht des Ortsbürgermeisters zur Ausführung gefasster Beschlüsse und aktuelle Mitteilungen aus Dienstberatungen mit der Oberbürgermeisterin	
	<p>Der Ortsbürgermeister berichtet, in der letzten Sitzung wurde die Änderung der Friedhofssatzung beraten, das wurde vom Stadtrat beschlossen. Zur Bestätigung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes wird es in der nächsten Woche eine gemeinsame Beratung des Wirtschafts- und Unweltausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Bau- und Vergabeausschusses geben. Da wird das Votum für den Stadtrat vorbereitet. Gleiches betrifft den Bebauungsplan zur Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche. Der Stadtrat hat den Vertrag mit der IPG zur Bearbeitung des Binnengärtenzentrums bestätigt. Ebenso wurde der Beschlussantrag zu den Entwicklungszielen „Dichterviertel“ im Stadtrat gefasst. Der Ortsbürgermeister hat heute mit Erstaunen und Erschrecken gelesen, dass an der Goitzsche eine Reihe von Eichen gefällt wurde, die zu den ersten Pflanzaktionen zählten. Sich hier auf den Bebauungsplan zu berufen, kann nicht der Grund sein, es muss einen anderen Grund geben. Das wird sicher mit der</p>	

	<p>Vermietbarkeit der Wohnungen zusammenhängen. Er hätte erwartet, dass man den Ortschaftsrat davon in Kenntnis setzt und auch einmal überlegt, ob man den Bebauungsplan ändern kann.</p> <p>Er spricht an, dass die Stadt einen statistischen Jahresbericht 2008 herausgegeben hat. Er will veranlassen, dass die Ortschaftsratsmitglieder diesen erhalten. Es ist für die Arbeit wichtig, wie sich Stadtentwicklung vorwärts bewegt und wie die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen aussieht.</p> <p>Er verweist darauf, dass Herr Mengel in Vierzon war. Er war nicht nur als Gast zu den Feierlichkeiten zum Jahrestag dort, sondern er war auch dort, um einen Messestand zu betreuen und die Stadt ein wenig bekannt zu machen.</p> <p>Der Ortsbürgermeister hat auf Einladung der Oberbürgermeisterin von Marl, die inzwischen nicht mehr Oberbürgermeisterin ist, an Veranstaltungen zum 3. Oktober teilgenommen. Zusätzlich gab es am 2. Oktober eine Erinnerungsveranstaltung zum Herbst 1989, da war er als Zeitzeuge anwesend. Es konnte in der Zwischenzeit das 100-jährige Bestehen der Helene-Lange-Schule gefeiert werden.</p> <p>Er hat dankbar vermerkt, dass die Schule in einer tollen Art und Weise die Vorbereitung und die Durchführung gemacht hat. Es können sich alle glücklich schätzen, dass auch durch den Einsatz des Ortschaftsrates diese Schule eine Zukunft hat.</p> <p>Der Ortsbürgermeister erinnert daran, dass im letzten Jahr 10.000 € als Anteil des Ortschaftsrates für die Durchführung eines Schwimmprojektes eingestellt waren.</p> <p>Da war man sich einig, da auch eine Wolfener Schule teilnimmt, dass hier eine Drittelung stattfinden soll. Es sollten der Ortschaftsrat Bitterfeld, der Ortschaftsrat Wolfen und der Stadtrat jeweils 10.000 € von den 30.000 € tragen. Der Ortschaftsrat Wolfen hat zwar viel Geld übrig behalten. Dafür haben sie da nichts gemacht, die restlichen 20.000 € hat dann die Stadt gezahlt.</p> <p>Ortschaftsrätin Engler geht auf die 100-jährige Festwoche an der Helene-Lange-Schule ein. Das war tatsächlich ein großer Erfolg, es hat sich auch zu einem Stadtteilstfest entwickelt, es gab eine enorme Resonanz.</p> <p>An dem abschließenden Freitag gab es eine große Gala im Schützenheim. Da gab es ein Programm der Schüler, wo sich über 50 Schüler mit verschiedensten Darbietungen beteiligt haben.</p> <p>Weil das so gut angekommen ist, hat man den Entschluss gefasst, am 14.11. in der Turnhalle dieses Programm nochmals der Öffentlichkeit vorzuziehen. Dazu sind alle Mitglieder des Ortschaftsrates herzlich eingeladen. Es beginnt voraussichtlich 16.30 Uhr.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Anregungen und Anfragen durch die Mitglieder des Ortschaftsrates</p>	
	<p>Ortschaftsrat Mengel berichtet zum Besuch in Vierzon. Er hatte den Auftrag, die zwei Delegationen zu leiten. Eine Delegation bestand aus ihm, Thomas Bauermann und einer Studentin, die war zwölf Tage dort und hat die Messe abgesichert. Weiter gab es eine Delegation vom 4.-7.09. mit Annelie Hesse, Annett Vogel und Günter Sturm.</p> <p>Die Messe fand in diesem Jahr zum 64. Mal statt. Es gibt einen großen festen Messebau.</p> <p>Der Bürgermeister hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Feierlichkeiten und die Messe im Rahmen der 50-jährigen Städtepartnerschaft</p>	

mit Bitterfeld gemacht wurden.

Es gab ein großes Programm, insbesondere als die zweite Delegation da war. Es wurde vieles gezeigt.

Der Bitterfelder Messestand war 3x6 Meter groß. Er hat erst zehn Tage vorher erfahren, dass es eine Verkaufsausstellung war. Dazu hat er einen kritischen Reisebericht geschrieben.

Man hat sich dann geeinigt, dass man Halloren-Kugeln und Erzeugnisse aus Raguhn von Libehna sowie Goitzsche-Souvenirs anbietet. Es wurde versucht, die Stadt darzustellen und bekannt zu machen. Es gab auch eine sehr gute Resonanz.

Mit dem Bürgermeister und den Stadträten gab es sehr enge Kontakte. Nach der Messe (20.30 Uhr) war man jeden Abend im Messerrestaurant zu Veranstaltungen. Da waren immer der Bürgermeister persönlich oder Stadträte oder stellvertretende Bürgermeister anwesend.

Um zu zeigen, dass man mit der Vergangenheit gebrochen hat, hat er den Bürgermeister gebeten, an den Gedenkstein der Opfer des Krieges ein Blumengebinde zu legen.

Dazu gab es ein großes Programm mit Einmarsch der Fahnenträger. Es waren 25 ehemalige Kämpfer in Uniformen da.

Abschließend hat ihn der Bürgermeister am vorletzten Tag zum Pressefest eingeladen.

Man ist also sehr gut empfangen worden und es wurde eine große Herzlichkeit entgegengebracht.

Die Franzosen waren vom 2.-5. Oktober zum Gegenbesuch in Bitterfeld.

Man war hier zum Bürgerball. Am anderen Tag wurde nochmals der Partnerschaftsvertrag auf der Vineta mit den neuen Bürgermeistern unterzeichnet.

Ortschaftsrat Mengel geht auf das Protokoll und die dort angesprochene Anhaltsschule ein.

Es gab eine Ausschusssitzung, wo er anwesend war. Die Lehrerschaft hatte einen Vorschlag gemacht, wie man die Außenanlagen besser gestalten soll. Da hat er gemerkt, dass sie den Antrag an die falsche Stelle geschickt haben. Er fragt, ob das schon in der Bauverwaltung vorliegt.

Laut Herrn Przybylski ist die Planung abgestimmt. Der Antrag muss zum Schulamtsträger. Die Stadt baut alles, was bestellt wird.

Ortschaftsrat Mengel informiert weiter, dass er sehr verwundert über das Projekt des Ausbaus der B 100 war. Laut Protokoll muss es hier sehr friedlich zugegangen sein. Im Bau- und Vergabeausschuss wurde festgestellt, dass man das wie vorgestellt nicht bauen kann. Es ist unverständlich, dass man in Deutschland überhaupt keine Meinung zu Kreiseln hat. In Frankreich gibt es viele Kreisel, da läuft der Verkehr. Den Marler Platz ohne Kreisel zu lassen, findet er unmöglich. Er hat in den Bau- und Vergabeausschuss sieben Änderungsanträge eingebracht, die stehen auch im Protokoll und werden von der Verwaltung mit bearbeitet.

Der Ortsbürgermeister erläutert, ganz so friedlich wurde die Diskussion zum Straßenbau auch nicht geführt. Allerdings hat man sich bei dem Kreisel nicht so vehement geäußert. Man hat zwei andere Dinge für sehr wichtig erachtet. Das ist das Abbiegen an der Einmündung der Lindenstraße und das Eingreifen in die Besitzverhältnisse in der Wittenberger Straße, um den Gehweg zu verbreitern. Das müsste man verhindern.

Ortschaftsrätin Engler interessiert, ob es neue Erkenntnisse zur

	<p>Kindertagesstätte „Bussi Bär“ gibt und ob das Gutachten abgeschlossen ist.</p> <p>Laut Herrn Schulze findet heute um 17.30 Uhr dazu ein Elternabend in der Anhaltsschule statt. Eine Kostenschätzung liegt vor, demnach wird eine Sanierung äußerst schwierig sein.</p>	
<p>zu 6</p>	<p>Richtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel</p>	<p>Beschlussantrag 253-2009</p>
	<p>Ortschaftsrat Gatter findet die vorgelegte Regelung günstig, es finden sich viele Regeln aus Bitterfeld wieder. Diese Richtschnur ist für ihn als Vereinsvorstand eine richtige Variante.</p> <p>Ortschaftsrat Lohrengel könnte mitgehen, wenn sich die Ortschaftsräte selbst eine Richtlinie geben.</p> <p>Der Stadtrat sollte keine Richtlinie beschließen. In § 5 Absatz 5 des Gebietsänderungsvertrages steht, dass dem Ortschaftsrat im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel unter Berücksichtigung der Belange der gesamten Stadt über die Förderung von Veranstaltungen der Heimatpflege und des Brauchtums in der Ortschaft, Partner- und Patenschaften der Ortschaft sowie Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen eine Entscheidung zusteht.</p> <p>Im Absatz 6 steht, dass zur Erledigung der Aufgaben der ehemaligen selbständigen Kommunen auf dem Gebiet nach Absatz 5 die Stadt jährlich mindestens 7,50 €/je Einwohner bereit stellt.</p> <p>Aus seiner Sicht kann Bobbau diese Regelung nicht in Anspruch nehmen, da muss man schauen.</p> <p>Er zitiert aus der Gemeindeordnung, wonach dem Ortschaftsrat durch Hauptsatzung bestimmte Aufgaben vom Stadtrat übertragen werden können. Dies steht auch in der Hauptsatzung.</p> <p>Im Kommentar steht weiter, dass für diese übertragenen Aufgaben im Haushaltsplan Mittel veranschlagt werden müssen, über die der Ortschaftsrat dann auch verfügen kann.</p> <p>Bei der Übertragung von Angelegenheiten durch die Hauptsatzung auf den Ortschaftsrat kann sich der Gemeinderat keine Weisungsrechte vorbehalten. Das ist für ihn ein Hinweis, dass diese Richtlinie, die ein Stadtrat entscheidet, dort an der falschen Stelle ist, wenn, dann ist maximal der Ortschaftsrat die richtige Stelle.</p> <p>Weiter steht im Text, dies wäre mit der Stellung des Ortschaftsrates als eigenständiges, aus einer Wahl der Bürger hervorgegangenes, Gremium nicht vertretbar.</p> <p>In der Richtlinie selbst steht: „Der Ortschaftsrat kann im Einzelfall von der Regelförderung abweichen.“ Da fragt er sich, warum man erst eine Richtlinie braucht, wenn man im Einzelfall jedes Mal davon abweichen kann.</p> <p>Weiter verweist er auf eine Formulierung auf Seite 2, wonach eine finanzielle Unterstützung auf der Grundlage zur Verfügung stehender Haushaltsmittel erfolgt. Das kann nicht sein, die 7,50 € sind eindeutig festgelegt.</p> <p>Ortschaftsrat Gatter meint, was Ortschaftsrat Lohrengel zum Schluss gesagt hat, ist für ihn der Knackpunkt. Man kann das als Antrag zur Änderung bringen.</p> <p>Der Ortsbürgermeister sagt, wenn jemand eine Regel schafft, dann ist er auch für die Abweichung zuständig. Man kann keine Regel bestätigen und jemandem</p>	<p>Ja 9 Nein 6 Enth 1</p>

anders die Möglichkeit einräumen, davon abzuweichen, das ist rechtlich nicht möglich.

Er hat auch eine andere Angst. So hat man sich aus der Tagesordnung die Einwohnerfragestunde streichen lassen, das geht eigentlich nicht. Man wird in einem Maße bevormundet, das ihm nicht gefällt.

Ortschaftsrat Dr. Gülland führt aus, der Ortschaftsrat hat in seiner ersten Beratung deutlich gemacht, dass man sich eine eigene Regel schaffen will. Da hat die Verwaltung nicht gefragt, wie und was man machen möchte. Hier geht es auch um das einzige klare Entscheidungsgebiet, was man als Ortschaftsrat noch hat.

Wichtig ist auch, hier nicht Bobbau einfach aufzunehmen. Die hätten die Gelegenheit gehabt, früher beizutreten.

Herr Jerofke erläutert, in Thalheim, Bobbau und Holzweißig wurde die Richtlinie bestätigt. Im anschließend zuständigen Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport hat man mehrheitlich eine Ablehnung erfahren.

Im Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen wurde der Richtlinie mehrheitlich zugestimmt. Die Greppiner haben sich darauf geeinigt, dass sie noch einige Veränderungen haben möchten, die sie noch zuarbeiten. Zu den Dingen, die Ortschaftsrat Lohrengel vorgetragen hat, ist nichts einzuwenden.

Er ist aber der Meinung, dass der vorgelegte Entwurf nichts dagegen vorbringt. Der Ortschaftsrat Bitterfeld hat ein verbrieftes Recht auf 7,50 € pro Einwohner für das Brauchtum.

Bei der heutigen Haushaltssituation hat man das sicher geprüft, da wird immer an die freiwilligen Leistungen gedacht. Diese Überprüfung hat letztendlich eindeutig ergeben, dass man an dieses verbrieftes Recht nicht herangehen kann und auch nicht herangehen wird, schon gar nicht ohne Willensäußerung des Stadtrates.

Mit dieser Richtlinie wollte man sich eigentlich eine einheitliche Spielregel geben, das ist keine Bevormundung. Man will, dass Vereine in allen Ortsteilen, das selbe Recht und die selbe Chance haben, von ihren Ortschaftsräten geprüft zu werden und eine Entscheidung zu ihrem Antrag zu bekommen. Diese einheitliche Spielregel kann nur von Vorteil sein.

Bisher gab es in den kleinen Ortsteilen gar keine Regelung. Es gab eine Regelung zur Sportförderung in der ehemaligen Stadt Bitterfeld, das gleiche auch in Wolfen. An diese Regelung hat sich die Verwaltung gehalten.

Die Investitionen waren in der einen Regelung machbar, bei den anderen war es nicht machbar.

Eine Investition ist heute auch schon ein teurer Ball.

Diese Sachen wurden berücksichtigt. Der Entwurf wurde auch federführend von Frau Hesse erarbeitet, die den Ruf verdient, dass sie sich jahrelang mit Kultur- und Sportförderung beschäftigt hat. Es sind hier sehr viele Passagen aus der ehemaligen Richtlinie der Stadt Bitterfeld eingeflossen.

Bei der Zuständigkeit hat man sich von der Tatsache leiten lassen, dass der Stadtrat fast eine halbe Million € über den Haushalt bereitstellt. Es wäre dann von Vorteil, eine einheitliche Spielregel zu erarbeiten, woran sich die Verwaltung, der Ortschaftsrat und der Antragsteller orientieren können.

Da weiß jeder Ortschaftsrat, worüber er befinden kann. Da kann man auch mit gutem Gewissen ablehnen, weil es der Richtlinie nicht entspricht. Diese Möglichkeit gibt es jetzt nicht einheitlich in allen Ortschaftsräten. Das ist ein Zustand, der dazu führt, dass eigentlich wieder Ungerechtigkeiten entstehen können. Es werden Anträge auf Übernahme von Betriebskosten in einem

Ortsteil abgelehnt und in einem anderen Ortsteil wird zugestimmt.
Man sucht ja die Meinung der Ortschaftsräte, um auch Erfahrungen und Ergänzungen einzuarbeiten.
In dem Entwurf sind die Ortschaftsräte so abgesichert, dass nur die Entscheidung des Ortschaftsrates über die Vergabe der Brauchtumsmittel gilt.
Erst eine Entscheidung des Ortschaftsrates setzt den Mechanismus in der Verwaltung in Gang, dass überhaupt etwas gezahlt wird. Damit ist für ihn gegeben, dass man die Ortschaftsräte fair behandelt. Er hofft, dass man mit den nötigen Änderungen oder Ergänzungen eine gleiche Regelung in allen Ortsteilen hat.

Ortschaftsrat Mengel sieht den Vorteil der Richtlinie gegenüber der alten Richtlinie darin, dass neue Aspekte enthalten sind, zum Beispiel zu investiven Mitteln oder zu Einzelmaßnahmen.
Er fragt, ob es eine Möglichkeit wäre, wenn man den Beschlussgegenstand dahingehend ändern würde, dass er heißt: „Richtlinie für die Ortschaftsräte zur Vergabe der Brauchtumsmittel“.
Er möchte nicht, dass der Stadtrat mitbestimmt.
Oberste Forderung muss sein, dass die Formulierung: „Eine finanzielle Unterstützung erfolgt auf Grundlage zur Verfügung stehender Haushaltsmittel.“ gestrichen wird.

Ortschaftsrat Lohrengel meint, wenn man damit ein gleiches Maß für alle Ortschaften finden will, dann trifft das nicht der Intention der einzelnen Ortschaften, was Brauchtum betrifft. Da gibt es eigene Handhabungen und Befindlichkeiten, wo jede Ortschaft ihren Schwerpunkt in der Förderung setzt.
Sollte es inhaltliche Änderungen für die Richtlinie geben, müsste wieder der Stadtrat entscheiden, dann hat man wieder kein Zugriffsrecht darauf.
Er schlägt vor, dass jede Ortschaft in den nächsten Wochen für sich eine Handlungsrichtlinie erarbeitet und diese zur Prüfung der Verwaltung vorlegt.
Dann ist jedem Rechnung getragen.

Der Ortsbürgermeister hat mit dem Inhalt kein Problem, er hat ein Problem mit der Beschlusslage. Die Mittel und deren Verteilung hat der Ortschaftsrat zu verantworten.
Er fragt, wie der Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport abgestimmt hat.

Ortschaftsrat Lohrengel sagt, der Ausschuss hat das abgelehnt.

Laut Ortsbürgermeister ist verzeichnet, dass der Ausschuss einstimmig zugestimmt hat. Man hat eine Unterlage zur Verfügung gestellt bekommen, mit der suggeriert wird, der Ausschuss hätte zugestimmt.

Herr Jerofke erläutert, dort gab es 1 Ja-Stimme und 5 Nein-Stimmen.

Ortschaftsrat Gatter schlägt vor, dass aus diesem Kreis sich zwei bis drei Vertreter vor der Stadtratssitzung treffen und Änderungsvorschläge dazu machen sollten. Sonst hat man unter Umständen keine Einflussmöglichkeit mehr.

Ortschaftsrat Wießner sagt, der Ortschaftsrat soll seine Kompetenz nicht abgeben. Er hält den Vorschlag am sinnvollsten, für alle Ortschaften eine eigene Richtlinie zu beschließen.
Er meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt das Ende der Diskussion

und Abstimmung.

Der Ortsbürgermeister ist misstrauisch, weil bei der ersten Beratung der Ortsbürgermeister die Richtlinie noch nicht da war. Er hat der Oberbürgermeisterin zu verstehen gegeben, dass sie das zur Abrechnung der Mittel machen, aber nicht vorschreiben kann, wie man diese Richtlinie inhaltlich füllt. Da hat die Oberbürgermeisterin gesagt, es wird nur eine Richtlinie zur Abrechnung geben.

Er will nun zur Abstimmung kommen und verliert den Beschlussgegenstand sowie den Antragsinhalt.

Ortschaftsrat Mengel erinnert daran, dass es noch Anträge gab.

Der Ortsbürgermeister meint, einen offiziellen Antrag hat niemand gestellt. Er eröffnet aber die Beratung nochmals.

Ortschaftsrat Gatter beantragt, dass man für die Vorbereitung dieser Beschlussfassung im Stadtrat eine Arbeitsgruppe aus dem Ortschaftsrat bildet, die sich mit Veränderungen, den Wünschen entsprechend, beschäftigt und das dann als Antrag in die Stadtratssitzung einbringt.

Ortschaftsrat Lohrengel stellt den Antrag, dass die Ortschaftsräte jeweils separat in ihren Ortschaften eine Handlungsrichtlinie für die Vergabe von Brauchtumsmitteln beschließen. Wenn da alle mitgehen können, ist das Problem erledigt.

Alternativ kann man das in den Stadtrat geben und formulieren: „Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen empfiehlt den einzelnen Ortschaftsräten die Aufstellung einer Handlungsrichtlinie für die Vergabe der Brauchtumsmittel.“

Ortschaftsrat Dr. Gülland meint, man könnte das teilen. Wenn man für die gesamte Stadt eine Richtlinie zur Abrechnung macht, dann gibt es keine Probleme. Es geht hier aber um den Teil der Vergabe der Brauchtumsmittel. Die Ortsteile, die das machen möchten, können sich in den speziellen Punkten eigene Regelungen geben.

Ortschaftsrat Mengel schlägt vor, dass man die Richtlinie als Rahmenrichtlinie betrachtet und diese durch die jeweilige Ortschaft zu konkretisieren ist. Man muss aber den 6. Satz des Punktes 1.2 streichen, wonach die Unterstützung von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abhängt.

Der Ortsbürgermeister fragt, wer für die Streichung des Satzes 2 auf Seite 2 der Richtlinie („Eine finanzielle Unterstützung erfolgt auf der Grundlage zur Verfügung stehender Haushaltsmittel.“) ist:

Ja: 16

Nein: -

Enthaltungen: -

Beschluss:

In der Richtlinie soll im Punkt 1.2 der Satz „Eine finanzielle Unterstützung erfolgt auf der Grundlage zur Verfügung stehender Haushaltsmittel.“ gestrichen werden.

Ortschaftsrat Mengel schlägt ergänzend zu seinem Antrag vor, einen zweiten Satz aufzunehmen, wonach die Ortschaftsräte für ihre speziellen Probleme in ihrer Ortschaft noch Vorschläge machen sollen.

<p>Der Ortsbürgermeister schlägt eine Ergänzung dahingehend vor, dass die Ortschaftsräte berechtigt sind, auf der Grundlage der Rahmenrichtlinie eigene Richtlinien zu beschließen.</p> <p>Ortschaftsrat Lohrengel erinnert an seinen Antrag, wonach der Stadtrat die Ortschaftsräte auffordert, sich eine Handlungsrichtlinie in der eigenen Richtlinie zu geben. Als Termin könnte man den 28. Februar setzen.</p> <p>Der Ortsbürgermeister sagt, um die beschlossene Änderung durchzusetzen, müsste man dies den Entwurf der Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel nennen. Er fragt, wer damit einverstanden ist: Ja: 9 Nein: 2 Enthaltungen: 5 Beschluss: Der Beschlussgegenstand soll wie folgt formuliert werden: “Entwurf der Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel“.</p> <p>Der Ortsbürgermeister bittet nun Ortschaftsrat Lohrengel, seinen Antrag nochmals zu formulieren.</p> <p>Ortschaftsrat Lohrengel fragt, warum man jetzt schon den Rahmen festlegen soll. Man sollte hinterher etwas daraus machen, wenn die Ortschaftsräte das alle einzeln eingereicht haben. Dann kann man vergleichen und immer noch darauf reagieren. Sein Antrag lautet: “Richtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel, Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen fordert die Ortschaftsräte auf, bis zum 28.02.2010 eine Handlungsrichtlinie für die Vergabe von Brauchtumsmitteln in der betreffenden Ortschaft vorzulegen.“ Die Ortschaften geben die Richtlinie zur Prüfung in die Verwaltung, dass man eine Rücksicherung hat. Die Abstimmung zu dem Antrag ergibt folgendes Ergebnis: Ja: 7 Nein: 8 Enthaltungen: 1 Beschluss: Der Änderungsantrag von Ortschaftsrat Lohrengel “Richtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel, Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen fordert die Ortschaftsräte auf, bis zum 28.02.2010 eine Handlungsrichtlinie für die Vergabe von Brauchtumsmitteln in der betreffenden Ortschaft vorzulegen.“ wird abgelehnt.</p> <p>Der Ortsbürgermeister will nun mit dem anderen Vorschlag weiter machen. Man hat die inhaltliche Veränderung des Entwurfes mit einem Beschlussantrag bisher verändert. Man müsste dann zur Vorbereitung des zweiten Vorschlages diesen Richtlinienentwurf nennen: “Entwurf der Rahmenrichtlinie zur Vergabe von Brauchtumsmitteln“. Er fragt, wer damit einverstanden ist: Ja: 9 Nein: 6 Enthaltungen: 1 Beschluss: Der Entwurf der Richtlinie soll folgenden Namen erhalten:</p>	
--	--

“Entwurf der Rahmenrichtlinie zur Vergabe von Brauchtumsmitteln“.

Der Ortsbürgermeister verliest nun den geänderten Beschlussgegenstand:

“Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel“

und fragt, wer damit einverstanden ist:

Ja: 9

Nein: 7

Enthaltungen: -

Beschluss:

Der Beschlussgegenstand soll lauten:

“Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel“

Der Ortsbürgermeister nennt nun den geänderten Antragsinhalt:

“Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die gemäß Anlage beigefügte ‘Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel zur Förderung gemeinnütziger Vereine, freier Wohlfahrtsverbände und Vereinigungen, zur Pflege der Städtepartnerschaftsbeziehungen und zur Unterstützung von Veranstaltungen der Heimatpflege in den Ortsteilen der Stadt Bitterfeld-Wolfen´.

Die Ortschaftsräte sind berechtigt, auf der Grundlage der Rahmenrichtlinie eigene Richtlinien zu erarbeiten.“

Abstimmung dazu:

Ja: 9

Nein: 6

Enthaltungen: 1

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Bitterfeld empfiehlt folgenden Antragsinhalt:

“Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die gemäß Anlage beigefügte ‘Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel zur Förderung gemeinnütziger Vereine, freier Wohlfahrtsverbände und Vereinigungen, zur Pflege der Städtepartnerschaftsbeziehungen und zur Unterstützung von Veranstaltungen der Heimatpflege in den Ortsteilen der Stadt Bitterfeld-Wolfen´.

Die Ortschaftsräte sind berechtigt, auf der Grundlage der Rahmenrichtlinie eigene Richtlinien zu erarbeiten.“

Abschließend verliest der Ortsbürgermeister den Beschlussantrag mit den eingefügten Änderungen und stellt diesen zur Abstimmung:

Beschlussgegenstand:

Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel

Antragsinhalt:

Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die gemäß *geänderter** Anlage beigefügte ‘*Rahmenrichtlinie* zur Vergabe der Brauchtumsmittel zur Förderung gemeinnütziger Vereine, freier Wohlfahrtsverbände und Vereinigungen, zur Pflege der Städtepartnerschaftsbeziehungen und zur Unterstützung von Veranstaltungen der Heimatpflege in den Ortsteilen der Stadt Bitterfeld-Wolfen´.

Die Ortschaftsräte sind berechtigt, auf der Grundlage der Rahmenrichtlinie eigene Richtlinien zu erarbeiten.

Beschluss:

Beschlussgegenstand:

Rahmenrichtlinie zur Vergabe der Brauchtumsmittel

Antragsinhalt:

	<p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die gemäß <u>geänderter*</u> Anlage beigefügte <u>'Rahmenrichtlinie</u> zur Vergabe der Brauchtumsmittel zur Förderung gemeinnütziger Vereine, freier Wohlfahrtsverbände und Vereinigungen, zur Pflege der Städtepartnerschaftsbeziehungen und zur Unterstützung von Veranstaltungen der Heimatpflege in den Ortsteilen der Stadt Bitterfeld-Wolfen´.</p> <p><u>Die Ortschaftsräte sind berechtigt, auf der Grundlage der Rahmenrichtlinie eigene Richtlinien zu erarbeiten.</u></p> <p>* protokollierte Änderungen: (Name der Richtlinie) "Entwurf der Rahmenrichtlinie zur Vergabe von Brauchtumsmitteln". In der Richtlinie soll im Punkt 1.2 der Satz „Eine finanzielle Unterstützung erfolgt auf der Grundlage zur Verfügung stehender Haushaltsmittel.“ gestrichen werden.</p>	
<p>zu 7</p>	<p>Vorstellung des detaillierten Winterdienstplanes für den Ortsteil Bitterfeld BE: Herr Przybylski, SBL Tiefbau Herr Patzak, Betriebsleiter Eigenbetrieb "Stadthof"</p>	<p>empfohlen</p>
	<p>Ortschaftsratsrat Gatter verlässt um 19.42 Uhr die Beratung. stimmberechtigt: 15</p> <p>Herr Przybylski reicht nun den Winterdienstplan an Mitglieder des Ortschaftsrates aus. Der Winterdienstplan befindet sich derzeit in der Unterschriftsrunde. Herr Przybylski bittet darum, die letzte Seite aufzuschlagen. Dort sieht man die Leistungserbringer. Seit Juni wurden die fünf Leistungsbereiche ausgeschrieben. In den Unterlagen kann man die Tourenpläne und die Dringlichkeitsklassen nachlesen.</p> <p>Ortschaftsrätin Kurschus vermisst die Radwege.</p> <p>Herr Przybylski sagt dazu, dass hier kein Anspruch im Winterdienst besteht. Die Radwege werden als Stapelraum für die verfestigten Niederschläge benötigt. Es ist ein wirtschaftliches Ansinnen, im schweren Winterdienstfall die Radwege freizuhalten. Die Radwege sind das Letzte, was geräumt wird.</p> <p>Ortschaftsratsrat Dr. Gülland interessiert, was die Dringlichkeitsstufen sind und ob gesichert ist, dass beispielsweise die Fußwege an der Brücke über die Leine in der Friedensstraße sauber gemacht werden.</p> <p>Herr Przybylski bestätigt, dass das damit gemeint ist. Es ist aber nicht ganz korrekt. Das Wort Brücken müsste ergänzt werden auf Ingenieurbauwerke. Da gehören auch Stützwände und Tunnel dazu. Die Dringlichkeitsstufe 1 muss erst abgearbeitet sein, dann geht es erst zur Stufe 2. Das betrifft die Kraftfahrzeugfahrbahnen. Diese sind freizuhalten. Dazu werden Touren solange gefahren, bis die Fahrbahn verkehrsgerecht ist. Das Ziel hängt von der Klimabeanspruchung ab. Wenn man beispielsweise minus 20 Grad hat und dauernden Schneefall, dann wird man nicht zur Stufe 2 kommen.</p>	

	<p>Ortschaftsrätin Lerche fragt, was mit den Straßen ist, die dem Landkreis gehören.</p> <p>Herr Przybylski antwortet, jeder Straßenbaulastträger ist für seine Verkehrsanlagen zuständig. Der Bereich Ordnungswesen kann hier eingreifen und kann die entsprechenden Baulastträger durch Ordnungsmaßnahmen zwingen, hier tätig zu werden.</p> <p>Am 23.10. gab es eine große Beratung, wo alle Straßenbaulastträger, die im Stadtgebiet Verkehrsanlagen betreiben, teilgenommen haben.</p> <p>Da wurde das besprochen. Im Stadtgebiet gibt es noch den Straßenbaulastträger Land und Kreis. Der Kreis hat das bestätigt, dass es in der letzten Winterdienstperiode erhebliche Defizite bei ihnen gab. Man hat erhebliche organisatorische Veränderungen veranlasst, dass dieser Umstand nicht mehr eintritt.</p> <p>Die Vertreterin des Landkreises will aber keine Sondervereinbarung hinsichtlich eines „Zuhilfeeilens“. Der Landkreis räumt seine Verkehrsanlagen selbst.</p> <p>Ortschaftsrätin Zoschke nimmt ab 20.00 Uhr an der Beratung teil. stimmberechtigt: 16</p> <p>Ortschaftsrat Mengel möchte zu Brückenbauwerken wissen, ob zum Beispiel auf der durch die Stadt führenden B 100 an der Leinebrücke der Baulastträger vor der Brücke aufhört.</p> <p>Herr Przybylski erläutert, grundsätzlich ist es so, dass die Sommerreinigung immer durch die Gebietskörperschaft läuft, der Winterdienst aber nicht. Im gesamten Bereich der B-, K- und L-Straßen ist der Straßenbaulastträger nicht die Kommune. Es ist nicht so, wie häufig gedacht, dass an der Ortseingangstafel die Winterdienstpflicht wechselt. Grundsätzlich sind nur die Gehwege kommunal zu unterhalten und zu bewirtschaften. Deswegen sind an den Brückenbauwerken nur die Gehwege in der kommunalen Räumspflicht.</p> <p>Der Ortsbürgermeister fragt, ob es in der gesamten Stadt bei den verschiedenen Baulastträgern jemanden gibt, der den gesamten Winterdienst koordiniert und versucht, durch Absprachen die Dinge so zu regeln, dass sie insgesamt durchgeführt werden.</p> <p>Herr Przybylski erläutert, von 7-17.00 Uhr läuft der normale Tagesbetrieb über die eingetragenen Telefonnummer. Für die Zeit außerhalb wird ein Bereitschaftsdienst installiert, da erfolgt momentan noch eine Sachklärung. Der Bereitschaftsdienst beginnt ab nächster Woche.</p>	
zu 8	Entscheidung über Anträge zur Förderung des örtlichen Brauchtums	
	<p>Der Ortsbürgermeister erläutert, man hat sich in der Runde mit den Fraktionsvorsitzenden mit den einzelnen Anträgen befasst. Es geht um die farblich gekennzeichneten Anträge, die wurden in der Verwaltung aufgearbeitet. Der Antrag des Fördervereins „Walrathia“ wird von der Verwaltung befürwortet.</p> <p>Ortschaftsrat Dr. Gülland fragt zunächst, ob es richtig ist, dass man bisher 109.672 € abgefordert hat und 23.828 € noch zur Verfügung stehen.</p>	

Der Ortsbürgermeister gibt an, man hat 133.501 € beim ersten Mal bestätigt. Der derzeitige Erfüllungsstand ist 109.672 €. Man hat zur Zeit noch einen Restbetrag von 25.424 €

Ortschaftsrat Dr. Gülland möchte wissen, was mit den 50 T€ ist. Man hat eigentlich für dieses Jahr 185.535 € zur Verfügung.

Der Ortsbürgermeister gibt an, dass war die Summe der Anträge. Übertrag aus dem Vorjahr waren 20.400 €

Herr Jerofke erklärt, die beiden Tabellen sollten einen Überblick geben über die gestellten und bearbeiteten Anträge. Es gab Anträge in Höhe von 185 T€, die Haushaltsmittel waren mit 135 T€ mit dem Überhang begrenzt.

Noch zur Verfügung stehen 25 T€. Die grün gekennzeichneten Anträge sind da noch nicht berücksichtigt. Wenn man diese heute positiv entscheidet, kommt man auf eine Restsumme von etwa 10 T€. Es sind aber noch Sachen, die von der Städtepartnerschaft herrühren offen, die noch nicht gebucht sind. Es ist ausgemacht, dass zur Ortsbürgermeisterrunde Anfang Dezember die konkreten Zahlen ausgereicht werden.

Er ergänzt, die blau gekennzeichneten Zahlen sind Mittel, die noch nicht abgerufen sind, die Vereine sind aber in der Abarbeitung.

Ortschaftsrätin Zoschke erinnert daran, dass sie beim letzten Mal gefragt hatte, wo der Antrag vom Fesselflugverein ist. Da er noch nicht eingegangen war, wurde ihr vor 14 Tagen eine Duplikat geschickt, dass sie den Antrag erneut eingereicht haben. Der ist aber hier wieder nicht dabei.

Herr Jerofke kennt den Antrag auch nicht. Die Sachbearbeiterin hat keinen Antrag beigefügt. Da muss er zunächst nachforschen.

Der Ortsbürgermeister meint, es bleibt noch Geld übrig, da muss man das noch bearbeiten.

Er fragt, ob es noch Anmerkungen zum Antrag des Fördervereins „Walrathia“ gibt.

Da das nicht der Fall ist, lässt er darüber abstimmen:

Ja: 16

Nein: -

Enthaltungen: -

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Bitterfeld beschließt die Förderung des Fördervereins „Walrathia“ mit 3.700 €

Der Ortsbürgermeister kommt nun zu dem Antrag der Bitterfelder Bergleute e.V. . Man möchte noch 750 € für ein Druckwerk haben.

Da es keine Fragen gibt, lässt der Ortsbürgermeister über diesen Antrag abstimmen:

Ja: 16

Nein: -

Enthaltungen: -

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Bitterfeld beschließt die Förderung des Vereins Bitterfelder Bergleute e.V. mit 750 €

Es folgt die Beratung zum Antrag der Sekundarschule „Helene Lange“. Hier ist

<p>ein Zuschuss von 500 € beantragt. Die Abstimmung dazu ergibt folgendes Ergebnis: Ja: 16 Nein: - Enthaltungen: - Beschluss: Der Ortschaftsrat Bitterfeld beschließt die Bezuschussung der Sekundarschule „Helene Lange“ mit 500 €</p> <p>Der Ortsbürgermeister geht nun auf einen Antrag des Innenstadtvereins ein. Aufgrund der in diesem Jahr relativ geringen Beteiligung an der Kneipennacht bittet man darum, dieses Defizit um 1.000 € zu verringern. Es ist eine dem Brauchtum entsprechende Veranstaltung, die schon über Jahre läuft. Auch hier gibt es keine Fragen. Abstimmung dazu: Ja: 16 Nein: - Enthaltungen: - Beschluss: Der Ortschaftsrat Bitterfeld beschließt einen Zuschuss an den Bitterfelder Innenstadtverein mit einer Höhe von 1.000 €</p> <p>Abschließend wird der Antrag des Goitzsche Ruder Clubs Bitterfeld beraten. Hier sind 8.980 € als Investitionszuschuss zu einer Baumaßnahme beantragt. Sie haben auf dem Gelände des ehemaligen Gleisbaus ein Gebäude und eine Fläche gepachtet. Es müssen nun sanitäre Einrichtungen und andere Sachen gemacht werden.</p> <p>Ortschaftsrat Dr. Gülland findet das unverhältnismäßig hoch gegenüber den sonstigen Anträgen. Das sind über 50 % der Gesamtkosten. Er fragt nach dem Grund.</p> <p>Herr Jerofke erklärt, so ist der Antrag. Die Verwaltung hat dies nicht gewertet. Aus den Unterlagen konnte man nur eine Kofinanzierung des Kreisportbundes entnehmen. Das beinhaltet die Sanierung der Dacheindeckung. Es ist auch vermerkt, dass ein Eigenmittelanteil nicht angegeben ist. Die Begründung des Vereines geht dahin, dass der Verein mittlerweile Jugendarbeit in Gang gebracht hat. Bei dem Sport kann es passieren, dass die jungen Menschen auch einmal in das Wasser fallen. Es besteht dann zur Zeit keine Möglichkeit, sich beispielsweise zu duschen oder umzuziehen. Damit ist es auch schon zu Abmeldungen durch Eltern gekommen. Die Toilettenanlagen werden zur Zeit vom Campingplatz genutzt, weil Eigenes nicht vorhanden ist.</p> <p>Der Ortsbürgermeister berichtet von der Beratung der Fraktionsvorsitzenden. Es gab gestern eine Beratung, wonach die Oberbürgermeisterin mit allen Anrainern und Pächtern gesprochen hat. Es soll überlegt werden, ob nicht die Möglichkeit besteht, dort zentrale sanitäre Einrichtungen für mehrere Vereine zu installieren. Weil die Jugendarbeit recht hoch erschien, wurde dann vorgeschlagen, man stellt dem Verein 5.000 € zur Verfügung und friert das andere ein, unter der Berücksichtigung, dass sich die Vereine zu einer zentralen Lösung einigen. Man wollte mit einem Teil der Mittel die Möglichkeit einräumen, mit der Sanierung zu beginnen. Wenn sie die anderen Fördermittel bekommen, noch etwas selber dazu tun und vom Ortschaftsrat die 5.000 € bekommen, dann denkt er, da kann man gut starten.</p>	
---	--

	<p>Ortschaftsrat Wießner meint, da müsste sich der Sportausschuss vor Ort einmal ein Bild machen.</p> <p>Weitere Anmerkungen gibt es nicht. Daher wiederholt der Ortsbürgermeister den Vorschlag: Der Ortschaftsrat sagt 5.000 € aufgrund des Antrages zu und friert die anderen Mittel ein, allerdings nur einen Monat, weil die Mittel nicht in das nächste Jahr übertragbar sind. Abstimmung dazu: Ja: 12 Nein: 2 Enthaltungen: 2 Beschluss: Der Ortschaftsrat beschließt die Förderung des Goitzsche Ruder Clubs Bitterfeld mit zunächst 5.000 €</p> <p>Der Ortsbürgermeister erinnert an die Restmittel und bittet darum, noch an Vereine zu denken, die vielleicht noch einen Zuschuss zu begonnenen Maßnahmen benötigen oder noch kurzfristig zu realisierende Angelegenheiten haben. Sie sollten sich schnellstens mit dem Ortsbürgermeister oder der Verwaltung in Verbindung setzen.</p> <p>Ortschaftsrat Dr. Gülland erinnert an das Schwimmprojekt, wo der Ortschaftsrat 10.000 € bereitstellen wollte.</p> <p>Der Ortsbürgermeister verneint das. Im vorigen Jahr wurden aufgrund der unklaren Situation Mittel aus dem Fonds des Ortschaftsrates zur Verfügung gestellt. Man hatte darum gebeten, dass Wolfen auch die 10.000 € bereitstellt und dass 10.000 € von der Stadt kommen. Die Stadt hat dann zum Schluss den Anteil von Wolfen mit übernommen, weil sich Wolfen geweigert hat, den Anteil zu übernehmen. Nach Absprache mit Herrn Teichmann war man sich einig, dass die Gesamtsumme im Gesamthaushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen eingestellt wird. Die 30.000 € waren auch im Haushalt enthalten. Herr Teichmann interpretiert die Verwendung dieser Mittel jetzt anders. Das muss er mit der Oberbürgermeisterin klären.</p>	
zu 9	Schließung des öffentlichen Teils	
	<p>Ortschaftsrätin Zoschke berichtet von der Beratung in der Anhaltschule zur Kindertagesstätte Bussi Bär. Herr Hermann hat das Ergebnis der beiden Gutachten kund getan. Die Ursache für die Risse und die Baumängel am Anbau liegen einerseits an Konstruktionsmängeln des Anbaus und andererseits in dem Untergrund. Der ist nicht verfestigt, sondern das arbeitet seit Jahren und ist wohl auch mit einigen Hohlräumen versetzt. Daraus ergibt sich, dass man eine Baugrundstabilisierung durchführen könnte. Oder man könnte den Anbau rückbauen oder als dritte Variante bleibt der Gesamtabriss. Das Gelände hinter dem eigentlichen Bau ist wohl nicht geeignet, den Ersatzbau, den man auch im Stadtrat favorisiert hat, dort hinzubringen. An dem</p>	

<p>Standort kommt kein Kindergarten mehr in Frage. Die Kinder müssten damit wohl noch mindestens 18 Monate nach Wolfen fahren. Da kochte natürlich die Elternseele. Durch eine Diskussion ist man jetzt soweit, dass sowohl die Stadt als auch der Träger prüfen, ob auf dem Gelände dort die 18 Monate überbrückt werden können, wenn man Container aufstellt. Die Fahrsituation ist eine erhebliche Belastung. Sie bittet die Stadtratsmitglieder, dass man die Containerlösung tatsächlich favorisiert und dass man dafür sorgt, dass für Bussi Bär eine optimale Lösung gefunden wird.</p> <p>Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 20.30 Uhr beendet. Es wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.</p>	
--	--

gez.
Horst Tischer
Ortsbürgermeister

gez.
Thomas Bauermann Manuela Zimmermann
Protokollant